

## Niederschrift

### zur 46. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 26.04.2018 Fortsetzung	18.30 – 23.25-Uhr	Festsaal des Alten Rathauses
Donnerstag, den 03.05.2018	18.30 – 18.44 Uhr	

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Jürgen Grasnick , Gerold Sachse ,

##### CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter ab 19.00 Uhr, TOP 7, Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati ,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Matthias Rudolph ,

##### SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch , Klaus Runge , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Reinhard Ksink ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

##### Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Anke Marggraf , Christfried Tschepe ,

##### Gäste

Ca. 70 interessierte Gäste

#### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda entschuldigt, Rene Benz entschuldigt, Stephan Wende entschuldigt,

##### CDU-Fraktion

Rolf Hilke entschuldigt,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Anja Miethke entschuldigt, Janett Seiler entschuldigt,

##### SPD-Fraktion

Stefan Sarrach entschuldigt,

##### FDP-Fraktion

Petra Schumann entschuldigt,

## **Alternative für Deutschland (AfD)**

Ulrich Anke entschuldigt, Lars Aulich entschuldigt,

## **Bürgermeister**

Hans-Ulrich Hengst entschuldigt,

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden recht herzlich zur 46. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und eröffnet die Sitzung.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind 21 Stadtverordnete (ab 19.00 Uhr, TOP 7 22) anwesend.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde im Amtsblatt veröffentlicht. Nunmehr informiert der Vorsitzende, dass sich nachfolgende Veränderungen ergeben. Es liegt ein Antrag des Ortsbeirates Heideland vor, der unter TOP 8.1. heute zunächst eingebracht werden soll. Außerdem stellt er fest, dass eine mögliche Folgesitzung am 03.05.2018 stattfinden wird.

**Zustimmung mit Änderung Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 45. Sitzung vom 8.3.2018**

Zur Tagesordnung gibt es keine Einreden.

**Zustimmung Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende informiert, dass die Fraktion der CDU/FDP ihre Gemeinschaft aufkündigt und wieder als getrennte Fraktionen agieren. Die Fraktionsvorsitzende sind Frau Lehmann und Herr Henkel. Damit bestehen in der STVV 7 Fraktionen.

Der Wahlleiter gibt bekannt, dass nach der Wahl von Herrn Rudolph zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt das Mandat auf Frau Sarah Lange übergeht, die jedoch darauf verzichtet. Der Sitz für das Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ) geht nunmehr an Nancy Krüger.

Weiterhin informiert der Vorsitzende über weitere Änderungen – der Vorsitzende der AfD-Fraktion ist ab sofort Herr Lars Aulich und als sachkundige EinwohnerInnen scheidet Frau Vogler, Frau Weser, Frau Kalipke, Herr Klink, Herr Kubaile und Herr Becker aus. In den Pool der sachkundigen EinwohnerInnen werden berufen: Jana Pade, Iris Jatzek und Roswitha Carlin sowie Enrico Biagini.

Abschließend lädt der Vorsitzende zur öffentlichen Vereidigung des neuen Bürgermeisters am Sonntag, dem 6.5.2018 ein.

### **TOP 6 Informationen des Bürgermeisters**

Der Tagesordnungspunkt entfällt. Der Bürgermeister ist entschuldigt.

### **TOP 7 Einwohnerfragestunde**

Herr Richard Lennert mit der Aufnahme und Wiedergabe einverstanden - fragt zur Bebauung des Altstädter Platzes (3geschossig mit Staffelgeschoss). Die interessierten Anwohner sind seit länge-

rem im Gespräch und ihnen fehlt eine ausführliche Diskussion über diesen sensiblen Bereich in Spreeufer- und Parknähe mit den EinwohnerInnen. Er bemängelt dies und weist insbesondere auf die Betroffenheit der Einwohnerschaft hin.

Herr Tschepe weist darauf hin, dass man seit über 1,5 Jahren in der Diskussion sei und bereits eine Reihe von Änderungen und Anpassungen vorgenommen habe (Vergrößerung der Abstände zur benachbarten Bebauung, Reduzierung der Vollgeschosse) Weil das Grundstück Altstädter Platz 3b in besonderer Weise betroffen ist, sei man auch hier intensiv im Gespräch gewesen. Ein Bebauungsplan (BPlan) ist örtliches Satzungsrecht. Der Investor hat mehrfach Gespräche angeboten, es gab auch im Rahmen eines der vielen Gespräche mit den Fraktionen ein Gespräch zwischen den Anwohnern und Herrn von Braake. Zum Nutzungsmaß bzw. zum Staffelgeschoss verweist Herr Tschepe auf den Flächennutzungsplan (FNP). Dieser sieht dort eine Geschossflächenzahl bis 0,8 vor und in diesem Rahmen bewegt sich der Investor mit dem geplanten Vorhaben. Die Anordnung der Gebäude ist mit Rücksicht auf die Nachbarn verändert worden. Weiterhin berichtet er, dass die Brandenburgische Bauordnung den Begriff „Staffelgeschoss“ nicht kennt. Daher sind im rechtlichen Sinne z.T. 3 oder 4 Vollgeschosse vorgesehen.

Gordon Starcken mit der Aufnahme und Wiedergabe einverstanden gibt ein kurzes Statement zum TOP 8.5. der Beratungsdrucksache zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (DS 6/676) und der Berücksichtigung der freien Schulträger, die im Hauptausschuss abgelehnt wurde.

Er staunt über Art und Qualität der Diskussion (Aussagen in facebook und sozialen Netzwerken). Die freien Schulen sind von der Gesellschaft gewollt und ein großes Angebot einer großen Bildungslandschaft in Fürstenwalde. Er bittet, die Entscheidung zu überdenken und die Arbeit der freien Träger zu würdigen und die Eröffnung zur trägerfreien Verteilung anzunehmen.

Herr Stefan Wichary (mit der Aufnahme und Wiedergabe einverstanden) ist Vater von 5 Kindern, die freie Schulen besuchen. Er ist Vorsitzender der Elternkonferenz an einer freien Grundschule, Mitglied in der Schulkonferenz und an einer freien Oberschule in Fürstenwalde. Er hatte sich bereits schriftlich an die Stadtverordneten gewandt.

Die Schulen in freier Trägerschaft sind staatlich anerkannte Ersatzschulen, die ebenfalls in den Genuss kommen sollten, aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz zu profitieren. Fürstenwalde war immer stolz auf die breite Bildungslandschaft und deshalb bittet er, die vorgebrachten Fakten und die Arbeit der freien Träger zu würdigen und eine trägerneutrale Verteilung vorzunehmen.

Frau Meise meldet sich zur Hauptsatzung zu Worte und fragt, warum es keinen Integrationsbeirat mehr geben soll.

Der Vorsitzende führt aus, dass dies eine fraktionsübergreifende Entscheidung der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Hauptsatzung war, die den Realitäten Rechnung getragen hat. Momentan gibt es keine arbeitsfähige Interessengruppe für den Integrationsbeirat und sollte sich das ändern, dann ist diesbezüglich eine Änderung der Hauptsatzung jederzeit möglich.

Frau Fiedler gibt noch den Hinweis, dass die Fraktion DIE LINKE einen diesbezüglichen Änderungsantrag zur Hauptsatzung einbringen wird.

## **TOP 8      Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 8.1    Einbringung von Anträgen durch die Fraktionen**

#### **TOP 8.1.1 Antrag des OB Heidefeld - Versetzen des Ortseingangsschildes der 6/AN/701 Stadt Fürstenwalde/Spree vor Zufahrt Friesenstadion**

Der Antrag soll in den Fachausschuss verwiesen und am 7.6.2018 in der STVV beschlossen werden.

#### **Verweisung**

## **TOP 8.2 Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Gültigkeit der 6/DS/674 Wahl des hauptamtlichen Bürgermeisters der Stadt Fürstenwalde/Spree**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Einwände gegen die Wahl liegen nicht vor.
2. Die Wahl ist gültig.

**Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 8.3 Neubildung ds Hauptausschusses**

Aufgrund der Änderung der Fraktionsstärken ist eine Neubildung des Hauptausschusses erforderlich. Die BFZ-Fraktion hatte einen entsprechenden Antrag initiiert. Benannt werden:

Herr Christian Dippe

Herr Kai Hamacher

Herr Thomas Fischer

Frau Elke Wagner

Herr Sebastian Rausch

Herr Uwe Koch

Herr Wolfgang Petenati

Herr Eberhard Henkel

Herr Gerold Sachse

Frau Monika Fiedler

(von der AFD ist niemand anwesend)

Die weiteren Fraktionsmitglieder agieren jeweils als Stellvertreter.

Abschließend wird der letzte Platz zwischen CDU, SPD und DIE LINKE verlost.

Das Los entscheidet zugunsten der CDU-Fraktion. Sie benennt Frau Karin Lehmann.

## **TOP 8.4 Einforderung der ordentlichen Personalkostenerstattung vom Landkreis 6/AN/699 Oder-Spree nach Kita-Gesetz**

Herr Dippe spricht zum Antrag und zur Überarbeitung der Kitabeitragssatzung, wo die Kalkulation von 2015 zugrunde gelegt wurde. Die Fraktion vertritt die Auffassung, eine ordentliche Erstattung beim LOS einzufordern, um die Kita-Beiträge nicht ins Unermessliche steigen zu lassen und die Personalkosten (jetzt 48 bis 69 %) in der Höhe von 85 % erstattet zu bekommen.

Der Erste Beigeordnete spricht gegen den Antrag. Der Landkreis hat bereits in 2013 eine Beschlussvorlage erarbeitet und Kriterien festgelegt, wie die pauschale Summe (nach Kita-Gesetz ist der öffentliche Träger der Jugendhilfe berechtigt, zu pauschalisieren) ermittelt wird. Aufgrund des Tarifrechts und der Personalstruktur (mehr Personal als der Betreuungsschlüssel vorgibt) zahlt Fürstenwalde mehr. Die Unterlagen dazu, so bietet er an, können im Rathaus eingesehen werden. Aufgrund der Erfahrungen anderer Kommunen hat die im Antrag formulierte Forderung keine Aussicht auf Erfolg.

Die detaillierte Diskussion veranlasst Herrn Koch zu bitten, diesen Antrag im Fachausschuss zu debattieren.

Die einbringende Fraktion kann da mitgehen. Der Antrag wird im nächsten Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen am 17.5.2018 und im HA am 23.05.2018 auf der Tagesordnung stehen.

### **Verweisung**

## TOP 8.5 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz KInvFG 2, Berücksichtigung 6/DS/676 der freien Schulträger

Herr Hamacher erklärt seine Befangenheit.

Herr Zänker meint, man solle dem eingebrachten Vorschlag der Verwaltung folgen. Der Bundesgesetzgeber hat eine trägerneutrale Verteilung eingefordert und man wolle seitens der Stadt keinen Anschein einer „Mitnahmentalität“ der Fördermittel für eigene Projekte aufkommen lassen.

Herr Rausch bringt erneut den Vorschlag ein, die freien Träger –Grundschulen- zu berücksichtigen. Er begründet ausführlich, dass die Aufgaben der Grundschulen zu denen der Kommune gehören und deshalb gefördert werden sollen. Anhand der Handhabung in anderen Bundesländern verdeutlicht er seinen Vorschlag für ein transparentes Verfahren.

Frau Lehmann erklärt für die CDU-Fraktion, dass eine bunte Schullandschaft und modernisierte Schulen mitgetragen werden. Deshalb stimmt die Fraktion für den Vorschlag der Verwaltung und für die Förderung der freien Träger.

Herr Sachse äußert sich dezidiert zum Antrag der SPD und wird diesen unterstützen. Er weist darauf hin, dass die Schulen in Trägerschaft des Landkreises natürlich auch zu Fürstenwalde gehören, für die weiterführenden Schulen ist jedoch er zuständig. Deshalb soll eine klare Trennung für die Förderung, hier expliziert nur die der Grundschulen erfolgen.

Auch Herr Dippe spricht sich für den Antrag der SPD aus und begründet die Entscheidung kurz. Den freien Träger wurde seitens des Landes suggeriert, das Anspruch auf die Förderung hätten. Eine fundierte Prüfung seitens der Stadt ist gar nicht möglich, wer tatsächlich bedürftig ist. Deshalb ist der Vorschlag der SPD ein Kompromiss, denn die Stadt ist für die Grundschulen zuständig.

Herr Rudolph geht noch einmal auf die Einwohnerfragestunde ein und findet es gut, dass auf Facebook ein reger und konstruktiver Austausch stattfand. Er dankt allen dafür.

Zunächst wird über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgestimmt. Er findet mit 2 Gegenstimmen und 19 Ja-Stimmen Zustimmung. Der Erste Beigeordnete fasst anhand der Anlage 1 zusammen, welche Projekte gefördert werden.

Schulen der freien Träger	Projekte	Kosten (brutto)
<b>Burgdorf-Schule</b>	Verbesserung der Raumakustik und Lichtoptimierung in 3 Schulhäusern	90.557,74 €
Haupthaus		68.085,85 €
Haus Martha und Haus Miriam		44.467,77 €
<b>Katholische Grundschule Bernhardinum</b>	Aufzug am Gebäude der Grundschule Außenanlagen/Barrierefreiheit Wegebeziehungen	188.615,00 € 343.250,75 €
<b>Grundschulen der Rahn Education</b>	Blitzschutz- und Brandmeldeanlage NGRS	98.122,85 €
	Trockenlegung, Reparaturen der Bausubstanz	107.100,00 €
	Verschattungsanlage Grundschule Komplet	108.604,04 €
	Gesamt:	1.048.804,00 €

Nunmehr wird über diese geänderte Vorlage in Gänze befunden.

**Zustimmung mit Änderung Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1**

**TOP 8.6 OWF - Ostbrandenburgische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH; 6/DS/655  
hier: Kündigung der Gesellschaft**

Herr Sachse moniert, dass es für die Stadt Fürstenwalde/Spree darum geht, eine Zentrumsfunktion wahrzunehmen. Er bittet, diesen Unsinn wegen 18.000 € nicht mitzumachen.

Herrn Rudolphs Äußerungen sind ähnlich gelagert. Die Wirtschaftsförderung sollte aufgewertet, die Anteile vom LOS komplett übernommen und mit der OWF deutlich effektiver gestaltet und eine andere Richtung eingeschlagen werden.

Herr Dr. Fehse geht darauf ein, dass der Landkreis die Anteile nicht abgeben wird, weil er die Aufgabe einer Wirtschaftsförderung für sich erkennt. Wenn die Stadt auch eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft möchte, müsste eine neue Gesellschaft gegründet oder eine vorhandene mit einem entsprechenden Satzungszweck erweitert werden. Im LOS werden die beiden LEADER-Regionen (an denen die Stadt nicht beteiligt ist, nur ländlicher Raum) in der Gesellschaft gemanagt.

**Beschluss:**

Die Stadt Fürstenwalde/Spree kündigt die Gesellschaft mit der OWF Ostbrandenburgischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH zum 31.12.2018.

**Zustimmung Ja 12 Nein 7 Enthaltung 1**

**TOP 8.7 Beitritt der Stadt Fürstenwalde/Spree zum Verband der brandenburgischen Aufsichtsrätinnen e. V. 6/DS/656**

Herr Dippe stimmt gegen den Beitritt und begründet kurz, weil damit nicht wirklich die Besetzung der Aufsichtsräte mit Frauen erreicht wird.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Mitgliedschaft der Stadt im Verband der brandenburgischen Aufsichtsrätinnen. Die Stadt wird vertreten durch die Mitarbeiterin Beteiligungsmanagement bzw. in Vertretung durch die Gleichstellungsbeauftragte.

**Zustimmung Ja 12 Nein 8 Enthaltung 1**

**TOP 8.8 Antrag des FSV Union Fürstenwalde e.V. zur vorzeitigen Bereitstellung von 300.000 € zur Erfüllung von Forderungen für den Spielbetrieb in der Regionalliga 6/DS/687**

Der Erste Beigeordnete geht noch einmal auf die Historie zur Gewährung eines Darlehens ein. Eine verwaltungsinterne Prüfung ergab, dass das nicht möglich ist. Deshalb sollte die Rückzahlung in Form einer Pacht realisiert werden. Aber auch diese Regelung stößt bei Finanzexperten auf Widerstand (Problematik der Mehrwertsteuer). Aus diesem Grunde schlägt die Verwaltung vor, einen rückzahlbaren Zuschuss zu gewähren, der in 10 Jahresraten zurückgezahlt wird. An den genannten Summen ändert sich nichts.

Herr Rudolph geht angesichts einer als „finanzschwach“ eingestuften Kommune darauf ein, dass man es sich momentan nicht leisten könne, so großzügig zu sein. In objektiver Bewertung der Situation könne die BFZ-Fraktion der Darlehens/Kredit-Gewährung auf keinen Fall zustimmen. Anzunehmen ist außerdem, dass (fehlende Kalkulation) davon auszugehen ist, dass der Verein gar nicht in

der Lage sein wird, über 10 Jahre 30 T€ zurückzuzahlen.

Frau Lehmann betont, dass der Verein FSV Union eine hervorragende Arbeit leistet. Sie rechnet mit Sponsoring- und Eintrittseinnahmen, die sich durch die Aufwertung auch für unsere Stadt verbessern werden. Die CDU-Fraktion wird den Antrag unterstützen.

Herr Dippe kennt keinen Rückzahlplan oder eine Kalkulation, in der aufgrund der verbesserten Stadionsituation die erwarteten Mehreinnahmen dargestellt sind. Er spricht von „Steuermitteln“, die investiert auch wieder zurückfließen sollten.

Herr Apitz meint, sich diesen Vorbehalten anzuschließen. Es ist unerlässlich, weiteres Zahlenmaterial vorzulegen, um eine Entscheidung treffen zu können. Er beantragt, dem Vertreter des FSV Union Rederecht zu erteilen. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Herr Baethge berichtet, dass es Finanzpläne und Jahresabschlüsse gibt, die aber nicht so kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können. Der Verein hat Mehreinnahmen durch Spielverlängerungszeiten und wird von einer Tribüne ebenfalls profitieren, da auch mehr Werbeflächen zur Verfügung stehen. Die Vertreter des Vereins waren in den Fraktionen und haben dort bereits ausführlich diskutiert, dass die Stadt die Sicherheit der Rückzahlung hat. Das war auch in der Vergangenheit bereits der Fall.

Die SPD-Fraktion wird ebenfalls zustimmen, da der Zuschuss zurückgezahlt wird. Da in der Diskussion alle Argumente ausgetauscht sind, beantragt sie nunmehr ein Ende der Debatte.

Auf die nochmalige Nachfrage von Herrn Dippe, ob der Verwaltung eine solide Kalkulation vorliegt, berichtet Herr Dr. Fehse, dass alle vorliegenden Unterlagen der Drucksache beigelegt wurden.

Dem Ende der Debatte wird mit 5 Gegenstimmen zugestimmt.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 300.000 € als rückzahlbaren Zuschuss an den FSV Union Fürstenwalde e.V. zur Erfüllung der Auflagen des Nordostdeutschen Fußballverbands im Friesenstadion.

Der FSV Union zahlt in den nächsten 10 Jahren Zuschuss in Raten von 30.206,64 € an die Stadt zurück.

Die Deckung dieser überplanmäßigen Auszahlung erfolgt zu Lasten des Zuschusses 2018 für den Neubau des Sozialtraktes auf dem Pneumantsport-Forum (Maßnahmen Nr. 341 SH01 01 001 der Investitionsliste).

**Zustimmung Ja 16 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0**

#### **TOP 8.9 Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree**

**6/DS/682**

Zur Neufassung der Hauptsatzung gibt es eine rege Diskussion. Frau Wagner votiert weiterhin für die Schaffung von Gleichstellungs- und Integrationsbeirat und argumentiert, dass die Bemühungen in der Vergangenheit offensichtlich nicht ausreichten, diese beiden Beiräte zu bilden. Sie bringt einige Beispiele für Arbeitsinhalte und stellt heraus, wie wichtig und welches politische Signal mit der Bildung beider Beiräte ausgesendet wird. Den Integrationsbeirat, so Frau Wagner weiter, gibt es bereits, der müsste unterstützt und gelenkt werden. Ihn abzuschaffen, ist das falsche Signal.

Der Vorsitzende und auch Herr Hamacher stellen mit Verwunderung fest, dass hier noch diskutiert wird. Nicht umsonst gab es eine Arbeitsgruppe, in die die Fraktionen ihre Vertreter entsandt hatten. Nun wird deren Ergebnis missachtet und zerredet. Herr Hamacher erinnert daran, dass die Beiräte die Stadtverordneten unterstützen und beraten sollten. Das ist nach seiner Auffassung in der Vergangenheit noch nie der Fall gewesen.

Frau Fiedler appelliert nochmals daran, insbesondere den Integrationsbeirat in der Hauptsatzung zu verankern. Außerdem spricht sie als Ortsbeiratsmitglied Trebus und meint, dass der dortige Ortsbeirat weiterhin bei 3 Mitgliedern gemeinsam mit den Einwohnerinnen und einem erweiterten Ortsbeirat belassen werden sollte. Die neue Hauptsatzung sieht 5 Mitglieder vor.

Herr Dippe und Herr Aplitz legen insbesondere Wert auf das bürgerliche Engagement und meinen, dem wird mit einer „von oben“ konstruierten Möglichkeit keine Rechnung getragen. Vielmehr gibt es bereits einige Interessengruppen, die sich themenbezogen finden und denen man in der neuen Hauptsatzung Rechnung trägt (Elternbeirat).

Die eingehende Diskussion veranlasst Herrn Koch zu bitten, den Hauptsatzungsentwurf doch noch einmal in die Arbeitsgruppe oder in den Fachausschuss zu verweisen.

Herr Fischer meint, man solle bis zum Ende der Wahlperiode und angesichts der Kommunalwahl 2019 die neue Hauptsatzung abstimmen. Danach gibt es möglicherweise wieder Bedarf, die Hauptsatzung anzufassen. Sollten arbeitsfähige Interessengruppen/Beiräte aktiv werden, können diese jederzeit wieder in die Satzung aufgenommen werden.

Zunächst wird über die Änderungsanträge zur Hauptsatzung abgestimmt.

1. Fraktion DIE LINKE, § 8 Beiräte

Es wird ein Beirat für Integrationsbeirat mit 7 Mitgliedern gebildet.

Mit 8 Ja- und 14 Gegenstimmen wird diese Passage abgelehnt.

2. Es wird ein Beirat für Gleichstellung mit 7 Mitgliedern gebildet.

Mit 8 Ja- und 13 Gegenstimmen wird auch diese Passage abgelehnt.

3. Der Ortsbeirat Trebus soll weiterhin nur 3 Mitglieder haben.

Mit 1 Ja- und 18 Gegenstimmen sowie 2 Enthaltungen ist diese Formulierung abgelehnt.

### **Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage als Hauptsatzung neu bezeichnete Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree einschließlich der Anlagen 1-4.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zur Sicherung der demokratischen Arbeit des Kita- und Grundschulbeirates als ein Auswahlkriterium im Mitgliederbenennungsverfahren, dass alle Stadtteile durch Mitglieder repräsentiert werden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung benennt als Mitglied in Beiräten zukünftig grundsätzlich keine Stadtverordneten.

**Zustimmung Ja 17 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 0**

### **TOP 8.10 Aufbau und Organisation der Verwaltung**

Zu diesem TOP äußert sich der künftige Bürgermeister, Herr Rudolph. Er führt aus, wie seine Vorstellungen insbesondere im Zeitablauf zur Besetzung der vakanten Personalstellen sind. Konkrete Abstimmungen dazu sind bereits mit der zuständigen Fachgruppenleiterin Personalwesen, Frau Krause, erfolgt. Grundlegend informiert er, dass die Absicht besteht, die Position des Ersten Beigeordneten von der des Kämmerers zu trennen. Die Stelle des Kämmerers soll entsprechend der Kommunalverfassung besetzt werden. Die Initiierung der Stellenausschreibungen des Kämmerers und des Ersten Beigeordneten werden Priorität in den ersten Amtstagen haben. Zum weiteren Ablauf berichtet Herr Rudolph, dass dann in der STVV am 5.7.2018 entsprechende Beschlüsse zur Stellenbesetzung gefasst werden können.

Zur Stellenausschreibung hatte die SPD einen Antrag gestellt, auf den sie weiter besteht. Herr



Rausch äußert den Wunsch, bereits in der Ausschreibungsphase beteiligt zu werden. Ggf. muss dann zu einer Sondersitzung geladen werden. Herr Dippe regt an, dass jeweilige Fraktionsvertreter bei den Bewerbungsgesprächen dabei sein sollten. Frau Wagner stimmt dem zu und legt Wert darauf, dass die Ausschreibungstexte den Fraktionen zur Kenntnis gegeben werden.

Herr Apitz meint, die Ausschreibungstexte sind Sache des Bürgermeisters und könnten dem Hauptausschuss vorgelegt werden. Alles andere verzögert das Verfahren nur. Herr Hoffrichter erinnert an die Organisationshoheit des Bürgermeisters, der sich darüber allein mit dem Personalwesen abstimmt. Alles andere steht den Stadtverordneten nicht zu.

#### **TOP 8.10.1 Antrag der SPD-Fraktion zu einer Stellenausschreibung**

**6/AN/697**

Herr Rausch bestätigt noch einmal, dass der Antrag zur sofortigen Stellenausschreibung aufrechterhalten wird. Man war sich darüber einig, dass mit dem Antrag der künftige Bürgermeister gemeint ist und Herr Rudolph die Stellenausschreibungstexte in den ersten 14 Tagen nach seinem Amtsantritt zur Kenntnis gibt. Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung und meint, danach wird die weitere Beteiligung diskutiert.

Herr Hoffrichter hat dazu eine Einrede. Er schließt sich der Verfahrensweise, wie sie vom Bürgermeister vorgeschlagen wird, ohne weiteres an.

Auf Antrag der BFZ-Fraktion wird die Sitzung für eine kurze Beratungspause unterbrochen.

Nunmehr wird der Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion folgendermaßen geändert:

Die STVV beauftragt mit Wirkung zum 7.5.2018 den Bürgermeister die vakanten Stellen in der Führungsebene der Stadtverwaltung bis zum 25.5.2018 vorzubereiten und zur Kenntnis zu geben.

**Zustimmung mit Änderung Ja 19 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

#### **TOP 8.11 2. Entwurf zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin- Brandenburg hier: Stellungnahme der Stadt Fürstenwalde/Spree**

**6/IV/688**

Zu dieser Informationsdrucksache besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

**Kenntnisnahme**

#### **TOP 8.12 Umbenennung eines Wegteiles in Fürstenwalde-Nord**

**6/DS/652**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den in Anlage 3 gekennzeichneten westlichen Teil des Weges „Auf den Weinbergen“ im Interesse der Betroffenen und der Allgemeinheit an einer gezielten Auffindbarkeit von Grundstücken in „**Weinbergshöhe**“ umzubenennen.

**Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 8.13 Baubeschluss der Brandschutzmaßnahmen in der Kita "Kunterbunt"**

**6/DS/670**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ausführung des Bauvorhabens „Brandschutzmaßnahmen Kita Kunterbunt“ im Friedrich-Ludwig-Jahn-Ring 33 auf der Grundlage der Genehmigungsplanung (LPH4) und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur LPH 8 nach HOAI.

**Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.14 Überplanmäßige Aufwendungen für die Errichtung der Containeranlage 6/DS/691 an der Gerhard-Goßmann-Grundschule**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine überplanmäßige Aufwendung in Höhe von 91.300 € zur Deckung der höheren Kosten, die nach einer beschränkten Ausschreibung für die temporäre Errichtung von Raumcontainern an der Gerhard-Goßmann-Grundschule entstehen werden. Die Mehraufwendung wird durch Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen gedeckt.

**Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.15 Sachstandbericht zum Breitbandförderprogramm des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur 6/IV/672**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

**Kenntnisnahme**

**TOP 8.16 Baubeschluss zur Sanierung und zum Umbau des Jagdschlusses, Dachdeckerarbeiten 6/DS/677**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ausführung der Dacheindeckung inklusive Dachklempnerarbeiten am Bauvorhaben „Sanierung und Umbau des Jagdschlusses“ in der Schloßstraße 13 auf der Grundlage der Genehmigungsplanung und die entsprechenden Planungsleistungen bis zur LPH 8 nach HOAI zu beauftragen.

**Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.17 Weiteres Verfahren mit dem Asphaltband (verlängerte Siegfried-Hirschmann-Straße) 6/DS/690**

Herr Apitz meint, die Fraktion B90/Die Grünen favorisiert die Variante 3. Sie eröffnet die Möglichkeiten, diesen Weg vorrangig für Fußgänger, Radfahrer etc. zu nutzen (Radwegenetz schließen).

Herr Tschepe führt noch aus, dass es nicht möglich war, alle Kosten verbindlich zu ermitteln. Für die Stadt wäre Variante 1 die kostengünstigere und Variante 7 die teuerste. Die Planung schließt nicht nur Pkw sondern auch Lkw ein.

Herr Sachse verweist auf die Notwendigkeit, diese Straße wieder herzurichten, da der Bedarf vorhanden ist. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für Variante 6 bzw. 7 ein, um am Ende eine nutzungsfähige vollwertige Straße zu bauen.

Herr Hoffrichter meint, dass sich die CDU dieser Auffassung anschließen kann. Auch sie ist der Meinung, dass Variante 7 das Ziel ist. Für die Übergangszeit sollte Variante 6 (wenn rechtlich möglich) oder Variante 2 umgesetzt werden.

Herr Tschepe berichtet, dass Variante 7 eine Widmung der Straße, Schallschutzmaßnahmen und die vom Zweckverband geforderten Umbauten der Trinkwasserleitung notwendig macht. Zeitnah ist das nicht möglich.

Auch die BFZ-Fraktion spricht sich für die notwendige Vorplanung und die Eruierung von Fördermitteln für Variante 6 aus. Die Straße wird zur Entlastung der Bahnhofs- und Roteichenstraße benötigt. Variante 6 sollte so lange hergestellt werden, bis Variante 7 umgesetzt wird.

Herr Tschepe weist darauf hin, dass die Variante 6 für Fußgänger und auch für Radfahrer (Schulkinder) keine sichere Variante bietet. Ggf. müsste hier ein Provisorium geschaffen werden, welches aber für die Variante 7 nicht nachnutzbar wäre.

Herr Hemmerling vertritt die Auffassung, dass die Straße wie vereinbart, zurückgebaut werden sollte. Auf lange Sicht wird eine befahrbare Straße gebraucht (Variante 7), die ordentlich in der notwendigen Breite realisiert wird.

Auf die Nachfrage von Herrn Rudolph zum Planungsrecht für Variante 6 oder 7 meint Herr Tschepe, dass das Verfahren ähnlich, die Inhalte jedoch deutlich unterschiedlich sind und in wesentlichen Teilen für die Variante 7 neu gemacht werden müssten. Die Variante 6 führt über Flächen, die künftig nicht mehr für die Straße zur Verfügung stehen. Der Zweckverband hat signalisiert, dass wenn die Straße befahrbar bleibt, müsste die Trinkwasserleitung verlegt werden. Auch das Thema Schallschutz für die Reifenwerksiedlung wird vermutlich ein Problem.

Die umfängliche Debatte führt dazu, dass Frau Fiedler das Ende beantragt. Dem wird mehrheitlich zugestimmt. Herrn Rausch fehlen aber noch einige Aspekte, um eine abschließende Entscheidung treffen zu können. Er bittet deshalb, den Beschluss noch einmal zu vertagen und die Sachlage in den Ausschuss zu verweisen. Sofern heute über eine Variante (Abriss oder nicht) abgestimmt wird, beantragt er, die Variante 7 ausführlich im Fachausschuss zu thematisieren.

Herr Tschepe führt jedoch aus, dass der Landesbetrieb für Straßenwesen hier der Verfahrensführer ist. Er hat die Entscheidung noch zurückgestellt und signalisiert, dass wenn die Stadt sich nun nicht äußert, der Rückbau des Provisoriums auslöst. Eine sofortige Aufrechterhaltung der Straße ist nicht möglich.

Der Vorsitzende stellt nunmehr zur Abstimmung:

1. Abriss

Ablehnung 0 Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

2. Teilabriss

Ablehnung 4 Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Damit spricht sich die Mehrheit für den Erhalt und die Variante 7 aus.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, die in der Sachverhaltsdarstellung aufgeführte Variante 7 umzusetzen.

### **Zustimmung mit Änderung**

#### **TOP 8.18 Außerplanmäßige Aufwendungen für die Wiedererrichtung Schützen- 6/DS/678 halle, Buchholzer Chaussee**

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor. Herr Sachse spricht auch hier einen rückzahlbaren Zuschuss an und hierüber eine Vereinbarung zu schließen, so dass der Verein in einem verträglichen Maß dazu beiträgt, den Zuschuss zurückzuzahlen. Außerdem soll die Gebäudeversicherung angepasst werden.

Herr Koch kann hier nicht zustimmen, da der Schützenverein gar nicht über die finanziellen Möglichkeiten wie z.B. der FSV Union verfügt. Ein rückzahlbarer Zuschuss sollte deshalb nicht Gegenstand des Beschlusses sein.

Herr Fehse erläutert, dass ein unabweisbarer Zahlungsgrund vorliegt, da die Baumaßnahme bis 2020 abgeschlossen sein muss, ansonsten entsteht ein erheblicher finanzieller Schaden (Bauzeitplan liegt vor).

Nunmehr wird über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abgestimmt.

1. Gebäudeversicherung (dass erforderliche Einbauten mitversichert sind) anpassen  
Zustimmung: einstimmig
2. Neuregelung rückzahlbarer Zuschuss  
Ablehnung: 6 Dafür, 12 Dagegen, 4 Enthaltungen

**Zustimmung mit Änderung Ja 21 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.19 Baubeschluss zum Umbau der ehemaligen Vollküche in ein Kinderrestaurant in der Kita "Drushba" 6/DS/684**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ausführung des Bauvorhabens „Umbau der ehemaligen Vollküche in der Kita Drushba in ein Kinderrestaurant“ in der Frankfurter Straße 26A auf der Grundlage der Entwurfsplanung (LPH 3) und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur LPH 8 nach HOAI.

**Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.20 Bebauungsplan Nr. 90 "Wohnen am Altstädter Platz" 6/DS/692  
hier: Beschluss über die Einschränkung des Geltungsbereichs und  
den Entwurf zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

Frau Fiedler beantragt Rederecht für Frau Meise, die im Bereich des Altstädter Platzes wohnt. Dem wird mehrheitlich entsprochen.

Frau Meise äußert ihre Sorge um den BPlan. Bereits 2016 und 2018 hat sie sich gemeinsam mit 147 anderen Personen zur Thematik geäußert. Aus ihrer Perspektive ist man –entgegen der Verwaltungsmeinung- den Anwohnern nicht entgegengekommen. 2014 waren Einfamilienhäuser vorgesehen. Der Charakter des Altstädter Platzes geht verloren und die Uferpromenade auch, denn es wird sehr dicht an die Spree gebaut.

Herr Zänker meint, man solle die Diskussion im Fachausschuss fortsetzen.

Herr Tschepe berichtet, dass dort zahlreiche und verschiedene Diskussionen zu diesem Thema stattfanden. Nunmehr sei nicht mit einem Mehrwert zu rechnen, wenn die DS eine weitere Schleife dreht. Er argumentiert, dass die südliche Bebauung mit einem 4 geschossigen Bau an die vorhandene Bebauung angepasst und seinen Abschluss finden wird. Der Altstädter Platz, derzeit kein besonderer Charakter, wird durch die Bebauung aufgewertet und wird eine Begeh- und Befahrbarkeit erfahren. In der besonderen Situation werden auch Stellflächen geschaffen, die die Anwohner sonst auf den Grundstücken nachweisen müssten.

Herr Hamacher informiert auch, dass der Investor weiterhin gesprächsbereit ist, die Terminkette jedoch nicht weiter verschieben möchte. Mögliche Änderungswünsche könnten auch im Rahmen der Auslegung noch berücksichtigt werden.

Herr Sachse meint auch, dass die Angelegenheit ausdiskutiert wurde und das Verfahren sollte nun weitergehen. Dem stimmt auch die SPD-Fraktion zu und Frau Wagner erinnert an das Stadtentwicklungskonzept, in dem innerstädtischer Wohnungsbau von allen gewünscht wird.

Herr Ksink fragt, wie sich der Landkreis zur geplanten 4geschossigen Bebauung in Spreeufernähe positioniert. Herr Tschepe führt aus, dass die Planungshoheit bei der STVV liegt. Eine Stellungnahme des LOS bezeichnet er als zweifelhaft und verwunderlich. Der Landkreis kann die Entscheidung der STVV nicht kippen.

Das Bündnis 90/Die Grünen lehnt den Beschluss ab, da die Stadt an einem Planungsziel festhält, das im Hinblick auf die Anzahl der Baukörper als auch auf deren Geschossigkeit überdimensioniert

ist. Was fehlt ist das Verständnis, aus der vorhandenen Bausituation eine 4-Geschossigkeit abzuleiten. Außerdem ist es ihm wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Niederschlagswasserableitung ungeklärt ist. Er verweist auf ein Rundschreiben vom 11.10.2011 des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft, diese Fragen im B-Plan zu regeln.

Herr Rudolph schlägt vor, im weiteren (Auslage-)Verfahren noch einmal in Klausur zu gehen, um aus dem vorliegenden Auslagebeschluss die Interessen aller abzuwägen und ein Geschoss zu reduzieren und das Mehrfamilienhaus anstelle der jetzigen Garagen unterzubringen. Herr Tschepe meint, dass es im Rahmen der öffentlichen Auslegung (Änderung der Planung erforderlich) möglich ist. Aus dem jetzigen Plan ist die Änderung nicht entwickelbar. Zwei wesentliche Probleme sind aber verkehrstechnischer Art (Erschließung des künftigen Wohngebietes) als auch die Einfahrtsituation zum Altstädter Platz 3b zu regeln. Insofern sind die städtebauliche Verträglichkeit und die verkehrstechnische Realisierbarkeit zu prüfen.

#### **Beschluss:**

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 90 "Wohnen am Altstädter Platz" (Stand 04/2018) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Einschränkung des Geltungsbereichs auf die Flurstücke, Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flur 118, Flurstücke 65/1, 66, 79 tw. wird beschlossen.
3. Mit dem Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 90 "Wohnen am Altstädter Platz" (Stand 04/2018) ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie i.V.m. § 4a BauGB gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

**Zustimmung Ja 11 Nein 7 Enthaltung 4 Befangen 0**

#### **TOP 8.21 Schöffenwahl 2019 bis 2023**

**6/DS/667**

Herr Dippe erklärt seine Befangenheit.

Da Herr Zänker einige wichtige Informationen hat, bittet er zur Diskussion vor Abstimmung zu dieser Drucksache die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Dazu war diese an das Ende der öffentlichen Sitzung (von TOP 8.10) gesetzt worden. Die Bestätigung dazu war einstimmig erfolgt.

Nunmehr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt. Herr Zänker schildert einen Sachverhalt, der einen Bewerber auf das Schöffenamts betrifft und ihn ausschließen würde, wenn ein Verbrechen vorliegen würde. Im vorliegenden Fall wurde ein Ermittlungsverfahren eingestellt, so dass die Ausschlusskriterien nicht erfüllt werden, zumal nähere Informationen nicht vorliegen.

Nach eingehender Diskussion wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Nunmehr wird über die Schöffensliste in Gänze befunden.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung wählt die in der Anlage zu dieser Beratungsdrucksache unter den Nummern 1 bis 54 aufgeführten Bewerberinnen und Bewerber auf die Vorschlagsliste für Schöffen der Stadt Fürstenwalde/Spree gemäß § 36 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

**Zustimmung Ja 18 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 1**

#### **TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Aufgrund dessen, dass es später als 23.00 Uhr ist, wird die Sitzung geschlossen. Die Folgesitzung findet am Montag, dem 3.5.2018 im Festsaal statt. Dann stehen als erstes die Informationen der Verwaltung auf der Tagesordnung.

## **Folgesitzung vom 03.05.2018, 18.30 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses**

Es sind 17 Stadtverordnete anwesend.

Herr Tschepe berichtet, dass für den 29.5.2018, 18.30 Uhr im Festsaal eine Bürgerveranstaltung zur Mitschurinstraße stattfindet. Er lädt alle Interessierten ein.

Weiterhin informiert er über den 5. Mai, dem Tag der Städtebauförderung. Dabei werden verschiedene Projekte aus den Mitteln der nationalen Städtebauförderung der Öffentlichkeit vorgestellt. Schwerpunkt ist in diesem Jahr die Trebuser Straße 60. In einem kleinen Hoffest wird sich dort das Quartiersmanagement Fürstenwalde-Nord vorstellen, das übergangsweise im Haus IV untergebracht wird. Nach Fertigstellung soll es in das Haus I umziehen.

Außerdem informiert er, dass die Bahnhofsuhr mit neuen Uhrwerken ausgestattet werden muss, da sie bereits wieder defekt ist. Sie soll im Juni voraussichtlich wieder funktionieren.

Herr Dr. Fehse berichtet, dass das Projekt, dass Hausmeister einen Tag in der Woche in der freiwilligen Feuerwehr ihren Dienst versehen, aufgrund verschiedener Umstände als nicht weiter realisierbar eingestellt wird. Ab 1.1.2017 ins Leben gerufen, waren alle Beteiligten mit dem Ergebnis unzufrieden. Die Hausmeister werden künftig die Hausmeisterdienste erledigen und die Stelle der Feuerwehr soll mit einer voll einsetzbaren Kraft besetzt werden.

Zum beschlossenen Projekt „Schulbus-Sprinter“ informiert Herr Dr. Fehse über ein Schreiben des Landkreises, Schulverwaltungsamt. Darin heißt es u.a. dass die tägliche zumutbare Fahrtzeit im öffentlichen Personennahverkehr (in eine Richtung) für Schülerinnen und Schüler der Primarstufe 45 Minuten betrage. Die Beförderung von Fwe. Süd nach Nord wird durch die Linie 411 auch ohne Umsteigen sichergestellt. Sollte die Fahrzeiten in eine Richtung 45 Minuten übersteigen, besteht für die Eltern die Möglichkeit, eine Beförderung im Rahmen des Schülerspezialverkehrs zu beantragen. Voraussetzung ist jedoch der Besuch der zuständigen Grundschule. Sollte ein Besuch der zuständigen Grundschule nicht möglich sein, ist eine Zuweisung des Staatlichen Schulamtes Frankfurt (Oder) oder eine Bescheinigung der zuständigen Grundschule über die begründete Nichtaufnahmemöglichkeit vorzulegen.

Mit dem Leerzug des Wohnübergangsheims für Asylbewerber in der Langewahler Straße und dem Bezug der Liegenschaft im Fuchsbau ändert sich die Beförderungssituation für die Geflüchteten. Spätestens im Oktober 2018 für die dort wohnhaften SchülerInnen wird eine geeignete Beförderungsmöglichkeit sichergestellt.

Abschließend informiert Dr. Fehse über eine Einladung von 14.00 bis 17.00 Uhr am 1.6.2018 im Restaurant Seeblick. Er wird dort seinen Ausstand geben unter der Bedingung, dass keine Geschenke und keine Blumen mitgebracht werden.

### **TOP 10    Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

Herr Grasnack fragt Herrn Tschepe, wie eine Absenkung des Geh- und Radweges an der Lange Straße bewerkstelligt werden kann, so dass die EinwohnerInnen aus Richtung Erich-Weinert-Siedlung dort ordentlich auf die Lange Straße gelangen können. Bislang sind ihm Absagen erteilt worden.

Frau Krüger möchte wissen, wie lange die Schließung der Kita Buratino dauern wird und ob eine teilweise Öffnung möglich ist. Außerdem war sie gebeten worden nachzufragen, ob das Essengeld zurückgezahlt wird, für die Kinder, die die Kita gegenwärtig nicht besuchen können.

Dr. Fehse sagt eine kurzfristige Beantwortung zu.

### **TOP 11    Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die (Fortsetzungs)Sitzung um 18.44 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit

herzustellen. Die Niederschrift umfasst 15 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin